



NEUER ZEITGEIST

1864 - 160 Jahre  
Schlacht Düppeler Schanze  
Jungerfernstieg-Demo 17. Februar



TREND

**Aufstand  
gegen rechts**

Lieber Leser,

manchmal geschehen göttliche Fügungen, wenn man sie am wenigsten erwartet.

Ehrlich gesagt hatte ich mich in gewisser Weise mit meinem scheinbar vollzogenen Parteiausschluß abgefunden, wenn eine Trauer über die Aneinanderreihung von offensichtlich unrechten Entscheidungen geblieben war.

Am 15. Februar 24 stellte das höchste Berliner Zivilgericht, das Kammergericht, in einem Hinweisbeschluß fest, daß im schiedsgerichtlichen Verfahren nach der Bundesschiedsgerichtsordnung, welche für Verfahren welche bis 2019 gilt, in der Rechtsmittelinstanz eine mündliche Verhandlung stattzufinden hat.

Verweigerte das Bundesschiedsgericht eine mündliche Verhandlung ohne Verzicht der Parteien, ist das Urteil ungültig.

Dieser Hinweisbeschluß führte im Streit der AfD gegen Doris v. Sayn-Wittgenstein dazu, daß ihr umgehend und rückwirkend die Mitgliedschaft in der Partei eingeräumt wurde.

In meinem Parteiausschlußverfahren lagen die Dinge ebenso. Auch bei mir wurde die mündliche Verhandlung in der Rechtsmittelinstanz verweigert. Daß es bei meinem Ausschluß auch keine mündliche Verhandlung in der ersten Instanz gegeben hatte, zumindest keine, an der mein langjähriger Prozeßvertreter oder ich teilnehmen konnten, ist juristisch nicht relevant und bleibt daher eine Vorspeise für Feinschmecker.



Als Parteimitglied des Bezirksverbandes von Steglitz-Zehlendorf erlaube ich mir daher, dieses Editorial zu schreiben. Der Bezirksvorsitzende ließ mir den Vortritt.

Der Kampf gegen rechts nimmt absurde Züge an.

In Deutschland rufen regierungsnahe Kreise zu Demonstrationen gegen angeblich undemokratische Kräfte auf — gemeint ist bislang ausschließlich die AfD. Da etwa 20 % der deutschen Wähler die AfD jedoch wählen und die Partei damit mehr Unterstützung durch das Volk hat als die ehemals staatstragende SPD, scheint man bei den Demonstrationsteilnehmern eine sehr spezielle Weltsicht zu haben. Mathematische Größen werden gelegnet. Kopernikus läßt grüßen.

Lassen Sie sich nichts vormachen, die AfD bleibt im Aufwind.

Andreas Wild



## Inhalt

Seite 2 Editorial/Titel/Impressum

Seite 3—4 Titel

### **Aufstand gegen rechts**

Seite Berliner Wahl

### **Götz Frömming**

Seite 5 Demo in Lichterfelde

### **1.500 gegen Remigration**

Seite 6

### **Wahlnachlese**

Seite 7

### **Ungeliebtes Ehegattensplitting**

Seite 8—10 Schleswig-Holstein

### **Der vergessene Krieg 1864**

Seite 11 Glosse

### **Brutpflege**

Seite 12 Wie kann ich etwas ändern?

### **Aufnahmeantrag**

### **Cover: Fotomontage**

### **Auch in Hamburg:**

### **Demomassen im Jungfernstieg gegen „rechts“**

## Spenden für unsere Arbeit ...

**Empfänger: AfD-Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf**

**IBAN: DE44 1005 0000 0190 8684 90**

BIC: BELADEBEXXX Bank: Berliner Sparkasse

Verwendungszweck: Spende AfD Berlin,

Vorname, Nachname, Straße/Hausnummer, PLZ/Ort



## Aufstand gegen rechts

Die Demokratie in Deutschland ist – wie es scheint – tatsächlich in Gefahr. Die politische Lage ist von der faktischen Herrschaft eines sich selbst „die demokratischen Parteien“ nennenden Kartells miteinander verfilzter Altparteien gekennzeichnet, für die „Demokratie“ längst gleichbedeutend mit „die eigene Machtposition“ ist. Innerhalb dieses Klüngels der herrschenden Altparteien wird Opposition lediglich als Dissidenz-Simulation oder läppische Detailkritik vorgesehen. Wo sich tatsächlich echte politische Opposition gegen den Block der Altparteien richtet, wird umgehend versucht, diese aus dem öffentlichen Diskurs zu verdrängen, sie in ihren Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten zu beschränken und sie als populistisch oder extremistisch abzustempeln.

Die AfD ist die bislang erfolgreichste Oppositionsbewegung gegen die bislang in der eigenen Blase schmorende, herrschende Parteiendemokratie. Die politische Klasse und ihr Fußvolk haben die Erfolge der AfD zunächst mit Erstaunen, dann mit Wut und Empörung und schließlich mit schierem Entsetzen verfolgt. Man reagierte allein mit ablehnen, aus-



schließen und ignorieren. Die AfD wird im parlamentarischen Raum diskriminiert, ihre parteinahe Stiftung erhält anders als die Stiftungen der Klügelparteien keinerlei staatliche Finanzierung und der staatliche Inlandsgeheimdienst stigmatisiert immer weitere Teile der Partei als „gesichert rechtsextrem“. Genutzt hat das alles aber kaum: Anfang des Jahres hatte sich die AfD gegenüber der Bundestagswahl vom 26. September 2021 in ihren Umfragewerten mehr als verdoppelt.

Da kamen die Berichte über ein mit Geheimdienstmethoden ausgespähtes Treffen eines rheinischen Unternehmerkreises mit eingeladenen Gästen aus Politik und Wissenschaft vom November

letzten Jahres, an dem auch AfD- und CDU-Mitglieder teilgenommen haben, wie gerufen. Angeblich sei dort über „Deportationen“ und „massenhafte Vertreibungen“ von Ausländern diskutiert worden. Nun ist schon die Wortwahl verräterisch. Bei „Deportationen“ sieht man unwillkürlich im Hintergrund schon den Stacheldraht grauer Lager und meint, den Geruch von Verbrennungsöfen in der Nase zu spüren. Bei „massenhaften Vertreibungen“ denkt man an Elendszüge ähnlich den heimatvertriebenen Deutschen 1945 oder der Palästinenser im Gaza-Streifen, wo die Vertriebenen oft nicht einmal das Nötigste mit sich schleppen konnten. Tatsächlich ging es bei dem Treffen in Potsdam wohl eher um die Durchsetzung von Abschiebungen ausreisepflichtiger Ausländer, die von den heutigen bundesdeutschen Behörden kaum noch betrieben wird. Im übrigen ist es auch völlig normal, auf konzeptionellen Treffen über die Möglichkeiten des geltenden Rechts oder aber auch über möglicherweise erforderliche verfassungskonforme Änderungen der Rechtslage zu diskutieren. Der ab dem 10. Januar medial hochgepuschte „teuflische Plan“ (so Bundeskanzler Scholz) zur mas-



senhaften Remigration von Ausländern diene nun als Auslöser, um die AfD und ihr Umfeld durch Massenaufmärsche gegen die parlamentarische Opposition einzuschüchtern und ihren weiteren Zulauf zu stoppen. Zugleich hoffte man so, die Proteste der Bauern und anderer berufsständischer Gruppen gegen die desaströse Politik der regierenden Ampel zu neutralisieren.

Nun ist nicht neu, daß die politische Linke über eine erhebliche mobilisierungsfähige Anhängerschaft verfügt, und daß seit Jahren Millionen an Steuergeldern in die Finanzierung sogenannter „Demokratieförderungsprojekte“ fließen. Mit dem bekannt gewordenen „teuflischen Plan“ war nun auch das Stichwort zur Auslösung der „zivilgesellschaftlichen Massenproteste“ gegeben. „Breite gesellschaftliche Bündnisse ... aus der Mitte der Gesellschaft“ riefen ihre Anhängerschaft zu Protesten „gegen rechts“ auf. Den Aufrufen folgten bundesweit Hunderttausende weltanschaulich indoktriniertes, oft aber auch nur einfach hysterisierter Leute. Manche kamen wohl auch nur aus falsch empfundener Betroffenheit, sei es, weil sie selber Zuwanderer sind, migrantische Wurzeln haben oder mit Ausländern persönlich liiert sind. Längst nicht jeder Teilnehmer der Demonstrationen dürfte deutscher Staatsbürger und damit wahlberechtigt sein. Das gilt unbeschadet dessen, daß seitens der Ampel die Schaffung eines neuen Wählervolkes betrieben wird, um die eigene Wählerbasis zu verbreitern. Daß dies eine trü-

gerische Hoffnung sein mag, zeigt aber schon die Gründung der Is-lampartei DAVA. Außerdem bleibt darauf hinzuweisen, daß selbst eine Million Menschen nur etwas über ein Prozent der Bevölkerung Deutschlands darstellt. Allerdings muß man auch konstatieren, daß es dem Gegner gelungen ist, Hunderttausende von Menschen in Deutschland für seine Zwecke zu mobilisieren. Andererseits ist es aber auch nicht gerade ein Zeichen für eine funktionierende Demokratie, hysterisierte Massen zu Straßendemonstrationen gegen die parlamentarische Opposition in Stellung zu bringen.

Unwillkürlich kommt einem da die Sentenz des freiheitlichen italienischen Sozialisten Ignazio Si-

lone vom Frühjahr 1945 in den Sinn: „Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen:

„Ich bin der Faschismus“. Nein,

*Er wird sagen: „Ich bin der Antifaschismus!“*

er wird sagen: „Ich bin der Antifaschismus“.“ Silone wußte, wovon er sprach, denn er kannte den Sowjetkommunismus aus eigener Anschauung. Hoffen wir, daß es auch heute noch genügend echte Demokraten in diesem Lande gibt, die bereit sind, demokratische Wahlentscheidungen als solche zu akzeptieren.

M. B.





Polizei ließ sich von aggressiven Gegendemonstranten zurückdrängen. Verstärkung durch Einsatzhundertschaft half.

## 17.2. SPD-Aufruf zur Demo gegen Remigration

Rund 1.500 Demonstranten versammelten sich um „Nazis raus aus unserem Lichterfelde“ und „Ganz Berlin stoppt die AfD“ zu skandieren.

Soweit die Morgenpost. Ich hörte: „Ganz Berlin, haßt die AfD“, aber vielleicht habe ich mich verhört. rbb, Tagesspiegel und TAZ berichteten über die Demo, es wurden massenhaft Fotos und Videos der Staatsreparatur gemacht, aber es ist auf allen Bildern zu den Beiträgen nur das Ärztehaus gegenüber zu sehen. Eigenartig.



Lag es möglicherweise an der Beflaggung?

Schon am Tag vorher hatten woke Eltern mit ihren Kindern im Kindergartenalter etwa 400 m<sup>2</sup> Gehweg mit Sprühkreide bearbeitet um gegen rechts ein Zeichen zu setzen.

Warum man sich über den eher technischen Begriff „Remigration“ aufregen sollte, konnte mir bislang noch niemand erklären.

Wahrscheinlich ist das so wie bei den in absehbarer Zukunft beginnenden Abrißarbeiten an Windrädern, deren erste Exemplare die Lebens-

dauer von 20 Jahren erreicht haben. Der Beginn einer Bewegung in Richtung Vernunft, ein Gezeitenwechsel steht in verschiedenen Lebensbereichen direkt vor der Tür.

Dabei steht leider nicht in Aussicht, die Folgen der desaströsen Politik in absehbarer Zeit beseitigen zu können. Das Vermächtnis der seit den 60-er Jahren erfolgenden Migration wird uns noch viele Jahre beschäftigen.

In Preußen gelang es in wunderbarer Weise, Hugenotten, Wiener Juden und tschechische Protestanten ins Land zu holen diese neuen Bürger zu besonders aufrichtigen Preußen werden zu lassen, die dem Staat auf Dauer nutzten. Im Unterschied dazu bildeten sich durch die Migration seit der Anwerbung in den 60er-Jahren überwiegende Parallelwelten, die sich in großen Teilen gerade nicht als Deutsche verstehen, selbst wenn sie

---

*Mob skandiert:  
Ganz — Berlin — haßt  
die AfD!*

---

naturalisiert wurden und heute über einen deutschen Paß verfügen.

André Poggenburg scheint neben dem Thema als Person Aufmerksamkeit erregt zu haben.

Auch innerhalb der Partei.



Livestream: André Poggenburg auf der Bühne im Jungfernstieg

Der Tagesspiegel schrieb, daß zwei von sechs Mitgliedern des Vorstands im AfD-Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf sich von der Veranstaltung distanziert hätten.

Beate Prömm wurde, wie man hörte, aufgefordert die Veranstaltung mit Poggenburg nicht zu moderieren, da dies der AfD schaden könne.

Kürzlich wurde bekannt, daß im AfD-Treffpunkt im Norden Berlins, der Blankenburg, Martin Sellner eingeladen war. In diesem Fall scheint kein potentieller Schaden für die Partei angenommen worden zu sein.

Auf jeden Fall kennt Berlin nun den rechts-konservativen Treffpunkt am Bahnhof Lichterfelde-Ost. Das hat etwas für sich. Wir freuen uns auf viele Neugierige und künftige Gäste.

Andreas Wild



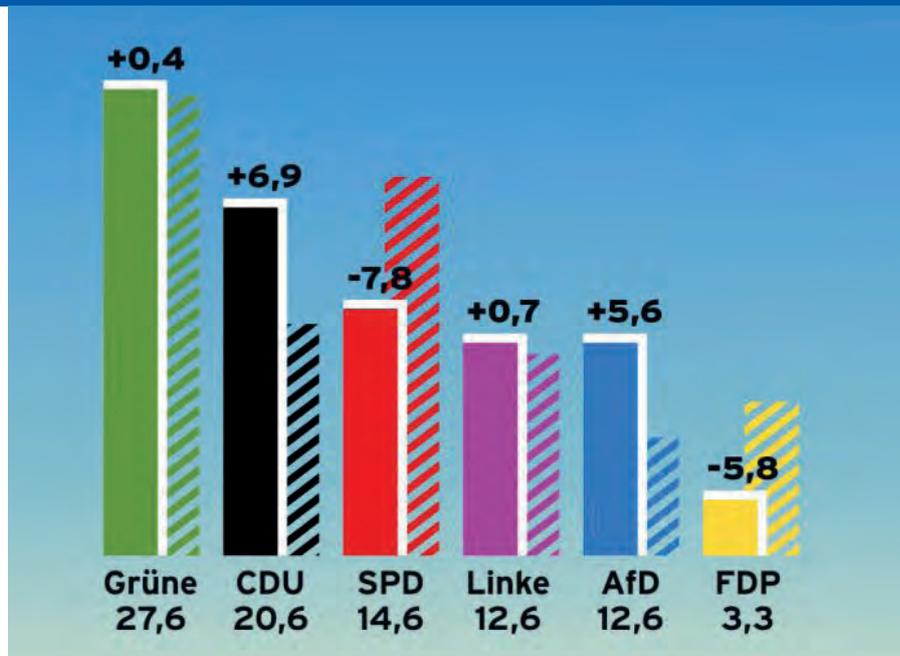
## Wahlnachlese

Berlin hat (zu einem Fünftel) gewählt. Obwohl sich das Gesamtwahlergebnis von 2021 dadurch nur geringfügig verändert (SPD und FDP verlieren 1,2 % bzw. 1,0 %, CDU und AfD gewinnen 1,3 % bzw. 0,9 %, Grüne und Linke bleiben im wesentlichen unverändert), deuten schon diese von nur einem Bruchteil der Wählerschaft bewirkten Veränderungen auf erheblich stärkere Verschiebungen in den tatsächlichen Wahlgebieten hin. Hier verloren die SPD 7,8 % und die FDP 5,8 %, die CDU gewann 6,9 % und die AfD 5,6 %. Betrachtet man das Gesamtergebnis für das Nachwahlgebiet von 2024, so kommen die Grünen als nunmehr stärkste Partei auf 27,7 %, die CDU auf 20,6 %, die SPD auf 14,6 %, AfD und Linke auf jeweils 12,6 %. Die FDP fällt auf 3,3%. Damit überholt die AfD die FDP mit nunmehr 9,4 % zu 8,2 % auch beim Gesamtwahlergebnis von 2021.

Besonders deutlich wurde dieser



Trend im Wahlkreis Pankow, wo die Wahl ja in 85 % der Stimmbezirke wiederholt wurde und sich das Wahlergebnis den genannten Prozentzahlen am meisten annäherte. Mit ihrem sensationellen Zugewinn von 5,6 % bleibt die AfD ungeachtet der Antirechts-Demonstrationen weiter erfolg-



reich und ist zudem die einzige Partei, die gegenüber dem Wahlergebnis von 2021 auch in absoluten Zahlen Wähler hinzugewonnen hat. Besonders erfolgreich war für die AfD deren Pankower Abgeordneter Götz Frömming, der in einzelnen Stimmbezirken bis zu 37 % der Erststimmen erhielt. Aber auch im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf holte die Partei in einigen Stimmbezirken Ergebnisse bis zu 33 %.

Im Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf verbesserte die politisch inhaftierte frühere Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann ihr Ergebnis von 2021 um 0,2 % auf 5,5 % und erhielt damit nunmehr insgesamt 9.277 Stimmen. Malsack-Winkemann steht auch weiter auf Platz 5 der Berliner AfD-Landesliste und ist damit zweite Nachrückerin dieser Liste zum Deutschen Bundestag.

Durch die geringere Wahlbeteiligung im Nachwahlgebiet von nur rund 51 % verliert Berlin vier seiner bisherigen 29 Bundestagsabgeordneten. Grüne, SPD, Linke und FDP verlieren in Berlin je-

weils ein Mandat, das bei Grünen, SPD und Linken aber durch hinzukommende Mandate aus anderen Bundesländern ersetzt wird, während das Mandat des Berliner FDP-Generalsekretärs Lars Lindemann ersatzlos entfällt. Damit hat die FDP im Bundestag nur noch 91 Sitze, und der Bundestag verkleinert sich um einen Sitz auf nunmehr 735 Abgeordnete.

Bei den Ampelparteien sorgte das Nachwahlergebnis ungeachtet der unveränderten Mehrheitsverhältnisse für Katerstimmung, Hilflosigkeit und Unruhe. Vor allem die Fliehkräfte zwischen FDP und Grünen dürften sich in den kommenden Monaten noch weiter verstärken. Für CDU und AfD deutet sich an, daß sie weiterhin auf Erfolgskurs sind. Der Linken wird bei den

kommenden Wahlen vor allem die Wagenknecht-Partei zu schaffen machen, die bei den Nachwahlen ja noch nicht antreten konnte. Alles in allem gesehen war die Berliner Nachwahl für die AfD ein erfolgreicher Stimmungstest für das noch vor uns liegende weitere Wahljahr 2024.

Matthias Bath



# In Nordischen Botschaften: Seminar zu Ehegatten-Splitting

Das haben Berliner Langschläfer versäumt:

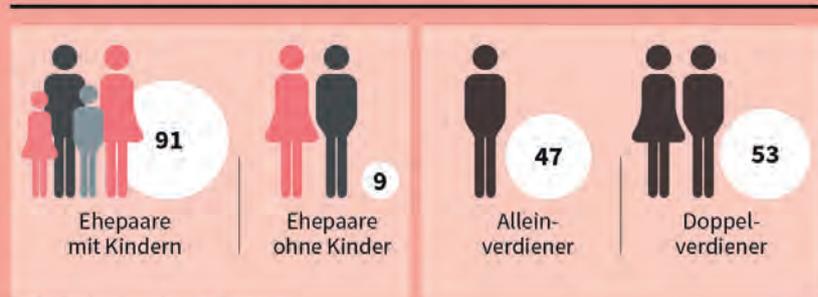
God dag, mein Wecker rattert bereits am 7. März, wenige Stunden vor dem Frauentag, der geschmückt sein wird mit schönen Reden, Pralinen, Blumen und Küssen:

Ich mußte früh aufstehen, um in den Nordischen Botschaften um 8 Uhr einem Seminar und einer Podiumsdiskussion unter dem Motto: "Freie Fahrt für Frauen! Das Ehegatten-Splitting als Bremsklotz für Gleichberechtigung" beizuwohnen. Zum Auftakt wurden die etwa 50 Teilnehmer durch die schwedische Botschafterin begrüßt. Einige auswärtige Interessenten waren dem Treffen wegen des drohenden Lokführer-Streiks fern geblieben.

Drei fachkundige Frauen vom Wissenschaftszentrum Berlin, vom OECD und von der University of Eastern Finland haben im weiteren unter der Moderation von Christian Berg von der Allbright Stiftung die Diskussion geführt. Unstrittig war dabei, daß Frauen in der westlichen Welt auf dem Weg der Gleichstellung viel erreicht haben, aber es bleiben eben Lücken bei der Bezahlung und Posten in den Führungsebenen. Deutschland hinkt in der Entwicklung etwas hinterher, was u.a. mit dem steuerlichen Ehegatten-Splitting zusammen hängt, aber auch mit der beitragsfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung des Partners und den Abgaben-freien Mini-Jobs. Diese Vorteile sind so gravierend, dass ein Halbzeit-Jobwechsel und oft auch ein Vollzeit-Job finanziell wenig lukrativ ist. Die strukturellen Vernetzungen lassen sich aber nur schwer auflösen, hinterließen Verlierer

## Ehegattensplitting: Vor allem Familien profitieren

Aufteilung des Splittingeffekts im Jahr 2020 in Prozent



Quelle: Bundesministerium der Finanzen  
© 2021 IW Medien / Iwd

iwd

und sind deshalb politisch ein heißes Eisen, das daher auf der langen Bank landen wird (siehe Foto unten). Da auch kulturelle Strukturen eine Rolle spielen bei der Wahl der Berufe und der Partner, sind Veränderungen nur langfristig realistisch.

Schweden hat bereits 1971 das Splitting aufgehoben und die dadurch erhöhten Einnahmen in Kitas und in die Ausbildung der Kinder gesteckt. Der Anteil erwerbstätiger Frauen hat sich danach erheblich erhöht. Ökonomisch somit eine erfolgreiche Maßnahme. Die gesellschaftliche, familiäre Relevanz ist dagegen schwieriger zu beurteilen.

Die Frage, weshalb es überhaupt das steuerliche Splitting gibt, war nicht Gegenstand der Diskussion, den es hängt mit dem ausufernden Sozialstaat zusammen und den übersteigerden sozialen Ansprüchen der Bürger. Würde der Staat sich nach biblischem Vorbild mit dem Zehnten begnügen, würde das Splitting automatisch seine Funktion verlieren, denn es gäbe nichts mehr auszugleichen.

Ich habe als Hahn zwischen 11 Frauen gesessen, links sechs und rechts fünf; darum gab es für mich kein Entkom-

men vor den dezenten Attacken gegen die Welt der Männer. Neugierig wie ich bin, konnte ich nebenbei beobachten, wie eine junge Frau in der Reihe vor mir auf ihrem Handy Modeangebote anschaute, während ich meine Bankkonten überprüfte. Hier stellt sich die Frage, was ist wichtiger in der Welt?

Ich habe zum Abschluß die Einladung für ein schönes Frühstück genossen, wobei ich rätselte, ob die Fleischscheiben auf einer Platte vom Elch oder von einem Hirsch stammten. Sie kamen mir irgendwie gesplittet vor ...

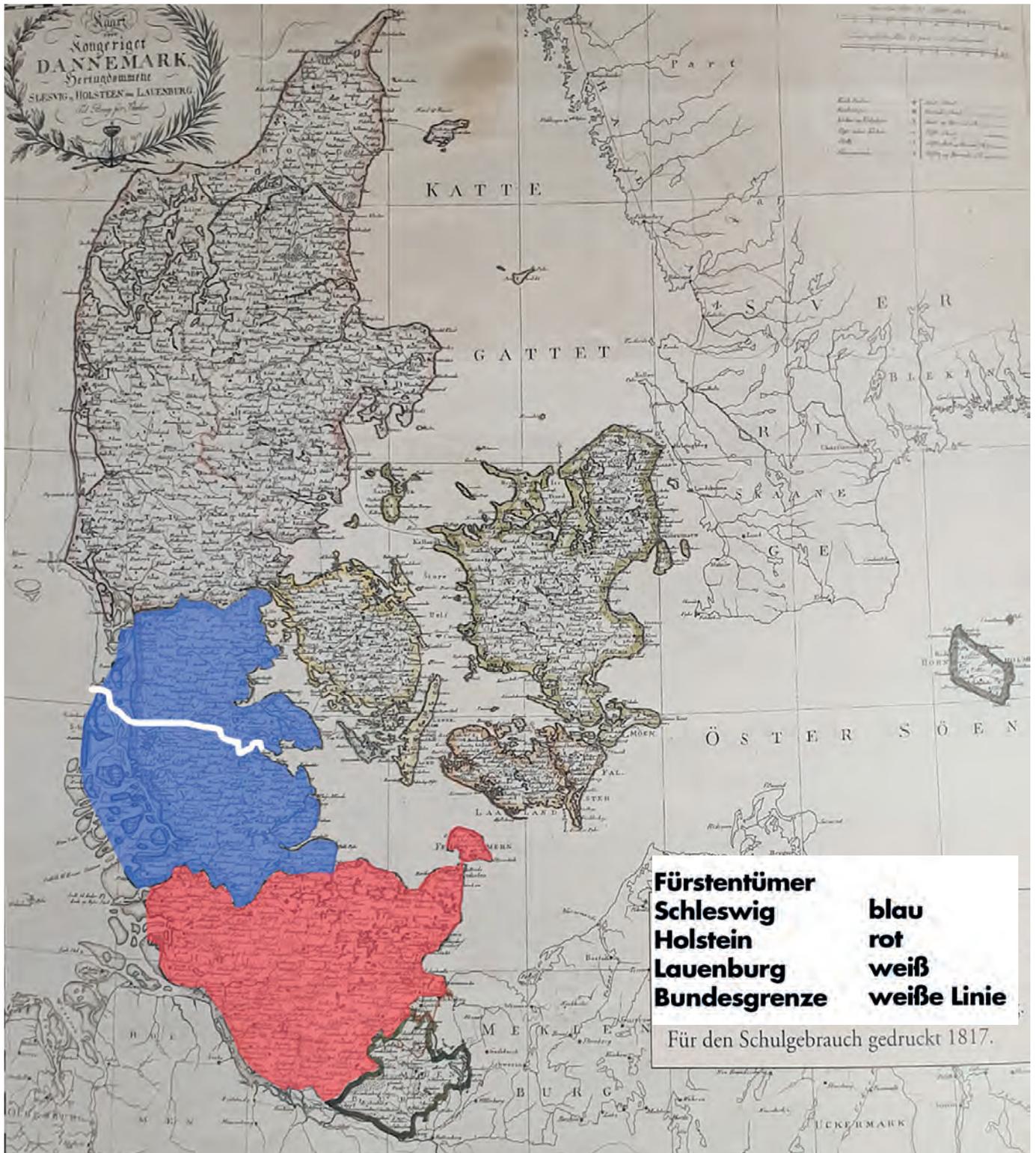
Wichtig ist, nie den Durchblick zu verlieren!

Bis bald in der finnischen Sauna!

Gunter Held



## Der vergessene Krieg von 1864



**D**er Deutsch-Dänische Krieg von 1864 als erster der deutschen Einigungskriege ist heutzutage weitgehend in Vergessenheit geraten und zu einer Angelegenheit der Fachhistoriker geworden.

Nach der einseitigen Annexion des Herzogtums Schleswig durch die dänische Verfassung vom November 1863 und der daraus resultierenden kampflosen Besetzung Holsteins durch deutsche Bundestruppen (vgl. Trend Nr. 42) hatte Dänemark am

16. Januar 1864 ein preußisch-österreichisches Ultimatum zur Rücknahme der „Novemberversfassung“ abgelehnt, so daß der Krieg um Schleswig unvermeidbar geworden war.

65.800 Preußen und Österreichern





**Dänische Truppen in Düppel während der Belagerung; Gemälde von Jörgen Sonne:**

standen rund 38.000 dänische Soldaten in Schleswig gegenüber, deren Gros die Danewerk-Stellung besetzt hielt. Diese schon aus dem Mittelalter stammende, zur Abwehr von Angreifern aus dem Süden angelegte Feldbefestigung war seit 1861 modern ausgebaut worden. Allerdings fehlten weitestgehend überdachte Unterkünfte für die Verteidiger, so daß das Danewerk keineswegs wintertauglich war. Hinzu kam, daß Preußen und

Österreich nur Teile ihrer Armeen aufgeboten hatten und bei Bedarf weitere Reserven mobilisieren konnten, während die dänische Armee über das eingesetzte Feldheer hinaus kaum über weitere Reserven verfügte. Auch reichten die dänischen Streitkräfte im Grunde nicht einmal für eine frontale Verteidigung Jütlands in der Danewerkstellung aus.

Am Morgen des 1. Februar 1864

überschritten die Verbündeten die Grenze nach Schleswig. Während die Preußen am 2. Februar mit ihrem Versuch eines schnellen Überganges über die Schlei bei Missunde scheiterten, gelang es den Österreichern am 3. Februar mit der Einnahme des Königsbergs bei Jagel südwestlich von Schleswig eine strategische Position zu gewinnen, von der aus man die gesamte Danewerk-Stellung überblicken und beherrschen konnte.



**Sturm auf die Düppeler Schanzen am 18.4.1864 (hist. Holzschnitt)**

Angesichts dessen entschloß sich das dänische Oberkommando bereits am 5. Februar zur Räumung des Danewerks. Nach dessen Wegfall standen den Dänen noch zwei Flankenstellungen bei Düppel und Fredericia, jeweils mit Rücken zur Ostsee zur Verfügung, um von diesen aus den weiteren Vormarsch der Verbündeten nach Norden aus der Flanke heraus zu bedrohen und so Jütland zu verteidigen. Das Gros des dänischen Heeres besetzte am 7. Februar die Düppelstellung, während sich ein kleinerer Teil weiter nach Norden über die Grenze zwischen Schleswig und Dänemark





### Preußische Belagerungsartillerie auf der Halbinsel Broager

auf Kolding, Vejle und die Festung Fredericia zurückzog. Die Düppelstellung bestand aus zehn Erdschanzen, die in einem drei Kilometer langen Bogen vom Alsensund bis zur Bucht von Vemmingbund angelegt worden waren. Den Rest des Februars und bis in den März hinein arbeiteten die Dänen an der Verstärkung der Schanzen, der Anlage von Laufgräben und der Errichtung von Hindernissen zwischen den Schanzen.

Währenddessen schloß das preußische Korps am 12. Februar die Düppelstellung ein und drängte die dänischen Vorposten in einer Reihe von Gefechten bis Mitte März bis kurz vor Düppel mit den eigentlichen Befestigungen zurück. Zugleich besetzten die Verbündeten Nordschleswig bis zur dänischen Grenze. Preußische Truppen besetzten am 18. Februar auch kampflos die dänische Stadt Kolding. Ab dem 8. März stießen die Verbündeten dann weiter nach Dänemark vor, riegelten die Festung Fredericia ab, nahmen die Stadt Vejle ein und erreichten die Städte Horsens und Skanderborg, während sich die Dänen weiter nach Norden zurückzogen.

Ab dem 15. März begann der Beschuß der Düppelstellung mit schwerer Belagerungsartillerie. Die sturmreif geschossenen Schanzen wurden schließlich am 18. April 1864 von den Preußen gestürmt. Die letzten dänischen Verteidiger zogen sich am Nachmittag über den Sund nach Alsen zurück. Am Abend dieses Tages hatten die Dänen mehr als 4.800 Soldaten verloren. Die preußischen Verluste betragen 1.201 Mann, darunter 263 Gefallene. Nach dem Verlust von Düppel räumten die Dänen am 28. April kampflos die Festung Fredericia, die von österreichischen Truppen besetzt wurde.

Am 25. April 1864 begannen in London Verhandlungen, die zu einem Waffenstillstand ab dem 12. Mai führten. Die weiteren Verhandlungen scheiterten aber vor allem an der Unnachgiebigkeit Dänemarks, so daß am 26. Juni die Kampfhandlungen wieder aufgenommen wurden. Bereits am 29. Juni setzten preußische Truppen von Düppel nach Alsen über und eroberten die Insel. Die dänischen Verteidiger zogen sich nach Fünen zurück. In Jütland besetzten die Verbündeten bis Mitte Juli auch

das nördliche Jütland bis Skagen. Zwischen dem 13. und dem 18. Juli 1864 besetzten österreichische Truppen auch die nordfriesischen Inseln Sylt, Föhr, Rømø und Fanø, womit die Kampfhandlungen ihr Ende fanden.

In Kopenhagen kam es nun zu einem Regierungswechsel. Am 20. Juli trat ein neuer Waffenstillstand in Kraft, der in Friedensverhandlungen einmündete. Dänemark verlor im Frieden von Wien am 30. Oktober 1864 beide Herzogtümer an Preußen und Österreich. Das bedeutete den Verlust von 40 % des Staatsgebietes und eines guten Drittels der Gesamtbevölkerung Dänemarks. Dänemark hatte sich von einem multiethnischen Gesamtstaat zu einem Nationalstaat gewandelt und sah sich auf sein eigentliches nationales Kernland beschränkt. Machtpolitisch war es von einer europäischen Mittelmacht zum Kleinstaat geworden. Das Trauma dieser Niederlage saß tief und wirkt in der dänischen Erinnerungskultur bis heute nach.

Matthias Bath



Potsdam am ersten frühlingshaften Tag des Jahres. Ich sitze im Eiscafé, trinke meinen Cappuccino und gehe meiner Lieblingsbeschäftigung nach: dem Menschengucken. Es zieht die übliche Parade vorüber: Teenies mit Piercings, pickelige Verehrer auf den Fersen, Schickimickifrauen mit vielen Tüten, und gestresste Mütter mit nölenden Kinder. „Nichts Neues unter der Sonne“, denke ich. Da höre ich eine Sirene und erschrecke. Die Sirene ist ein dickes, circa sechs Jahre altes Mädchen, mit pigmentlosem, flachsblonden Haar und einer ungesunden, blassen Hautfarbe. Das Kind schreit wie am Spieß, weil es ein Eis will. Es bekommt sein Eis, ein schönes großes, mit

Nüssen und Schokoladenstreusel verziert. Das Kind quengelt weiter, weil es eigentlich ein anderes hätte haben wollen. Die Mutter, ebenfalls fett, aber weniger bleich dank einer glänzenden Schicht Indianerschminke, beschwichtigt, besänftigt. „Geborene Pädagogin“, denke ich, „wird schon sehen, was sie sich da für eine Kröte heranzieht“. Zu guter Letzt wird eine neues Eis gekauft: eine Sammlung bunter Kugeln mit Gummibärchen oben drauf.

Und da geschieht etwas Unerwartetes. Das Kind setzt seinen schweren Leib in Bewegung und stürmt – das Eis vor sich ausgestreckt haltend, ähnlich der Fackel des Staffeläufers kurz vor der Übergabe – schräg auf mich zu. Natürlich kalkuliert es den Bremsweg falsch und es stolpert. Das Eis landet auf meinem Schoß. Ausgerechnet heute trage ich nicht meinen „Ich bin ja nur Hausfrau-Look“, sondern bin stadtfrein herausgeputzt im lindengrünen Seidenjer-

sey. Ich merke, wie meine Hand sich verselbständigt, und dem Kind eine Ohrfeige versetzt. Das Balg brüllt. Die kleinen Schweineäuglein röten sich. „So“, denke ich, „das sitzt“.

Das Kind rennt zur Mutter, die es in Ihren Busen einfaltet: Ooooooh, Miezschen, meine Mizi, mein Kuschelchen, was ist denn los ...?“ höre



ich, und wende mich wieder meinen Cappuccino zu. Der Rock ist hin, aber er blieb wenigstens nicht ungesühnt. Da erscheint von links ein Mann: Typ Rummelboxer mit Glatze, und breiten, sehr breiten Schultern. „Sie haben mein Kind geschlagen“, sagt er mit einem ausgeprägten russischen Akzent. „Shit“, blitzt es mir durch den Kopf, „wo kommt den dieser Gorilla her?“. Grundsätzlich schlage ich nur Menschen, die kleiner sind als ich, und wehrlos. Alles andere wäre ja Torheit. Wer hätte denn denken können, dass diese miese Göre einen solchen Kerl dabei hat?

„Es war nur so ein Reflex“, sage ich kleinlaut. „Sie geschickt von Himmel“ ruft er, und setzt sich zu mir am Tisch. „Sie Engell!“ Ich bin sprachlos. Was soll das? Es soll ja Racheengel geben, vielleicht meint er die? Der Klotz schnippt mit der Rechten den Kellner herbei, und bestellt zwei Grappa. „Darauf wir trinken“, grinst er. Ich kann es nicht fassen:

Ich verpasse seinem Nachwuchs eine Backpfeife und er trinkt einen darauf? Vielleicht ist er Alkoholiker und nutzt jeden, aber auch jeden Anlass aus, um einen zu kippen, sogar wenn sein Kind vermöbelt wird? Dann sprudelt es auch ihm heraus: wie er und seine Frau schon zwei Kinder hatten, als sie 2014 nach Berlin zogen, wo sie ein Geschäft eröffnet hatten, und seine Frau, schon 45-jährig, noch ein Kind bekam. „Alle verwöhnen Baby“, sagt er, „drei Frauen und das Personal auch“, denn seine Geschäfte liefen gut, und sie konnten sich eine Köchin und eine Haushälterin leisten. „Machen alles falsch“, sagt er, und er gesteht, dass er das Kind schon lange nicht mehr leiden mag. Er prostet

mir mit dem Grappa zu, und trinkt ihn auf ex. Scheinbar unaufgefordert bringt der Kellner noch zwei nach. „Auf die Ohrfeige“, sagt er, und stößt mit mir an. „Bitte kommen Sie zu uns“ fleht er mich an. „Sie genau richtig, sind streng, lassen nichts durchgehen“. Es folgt eine wahre Lobeshymne auf meine rechte Kelle, und dass es nicht schaden würde, wenn das Kind täglich Ohrfeigen erhielte. „Sie genau richtig“, betont er immer wieder, „Sie machen schnelle Beschlüsse“. Ich lehne dankend ab, und erzähle ihm, dass ich verheiratet bin, und lieber zu Hause bei meinem Mann wohnen würde, und dass ich ohnehin schon sehr viel zu tun habe. Was hätte ich auch sagen sollen? Dass ich für Kindererziehung gar nichts übrig habe? Dass mir beim Anblick seines widerwärtigen Kindes übel wird? „Ach wie Schade“, seufzt er und bestellt seinen dritten Grappa und für mich einen Amaretto. „Schade, Schade, Sie genau richtig“.



Per Brief an AfD BV Steglitz-Zehlendorf, Postfach 450109, 12171 Berlin; geht auch ohne Lastschrifeinzug. Wir laden Sie umgehend zum Aufnahmegespräch ein, bitte telefonische Erreichbarkeit und Emailadresse angeben, sofern vorhanden. Wir freuen uns auf Sie!  
Rückfragen: vorstand@afd-sz.de, Bürozeit: Mi. 12.00 - 17.00 , Tel.: 030-209677551



## Aufnahmeantrag für Neumitglieder

[www.afd.de/aufnahmeantrag](http://www.afd.de/aufnahmeantrag)

### ■ Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an ([www.afd.de/satzung](http://www.afd.de/satzung)). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Bejahung der Grundrechte ([www.afd.de/grundsatzprogramm](http://www.afd.de/grundsatzprogramm)). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundessatzung maßgebend.

Akad.Titel:\* \_\_\_\_\_  w.  m. Nachname: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_ geboren am: \_\_\_\_\_  
Straße, Nr.: \_\_\_\_\_ PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_  
Staat: \_\_\_\_\_ Staatsangehörigkeit: \_\_\_\_\_  
Bundesland: \_\_\_\_\_ Kreis/Bezirk: \_\_\_\_\_  
Telefon:\* \_\_\_\_\_ Mobil:\* \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_ Beruf/Tätigkeit:\* \_\_\_\_\_

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt?  Ja, im Landesverband \_\_\_\_\_  Nein

### ■ Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppierung (von - bis in Jahreszahlen):

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind ([www.afd.de/unvereinbar](http://www.afd.de/unvereinbar)). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

### ■ Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages beantragt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreisschatzmeister bewilligt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag den eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Richtwert für den Monatsbeitrag: 1% des monatlichen Nettoeinkommens).

Ich zahle einen Jahresbeitrag von \_\_\_\_\_ EUR. Als (freiwillige) Aufnahmespende zahle ich \_\_\_\_\_ EUR\*.

Ich wähle die folgende Zahlungsweise:  jährlich (ab 120 EUR/Jahr)  vierteljährlich (ab 30 EUR/Quartal)  monatlich (ab 10 EUR/Monat)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 34g EStG).

### ■ Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle ([www.afd.de/partei/landesverbaende](http://www.afd.de/partei/landesverbaende)) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin (E-Mail: [mitglieder@afd.de](mailto:mitglieder@afd.de)). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufnehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbands, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg stehen Bezirks- anstelle der Kreisverbände); die Landessatzungen können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln. Stimmt der Vorstand des für Sie zuständigen Gebietsverbands dem Aufnahmeantrag zu, teilt er dies den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufnehmenden Gebietsverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zugang der Annahmeerklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeerklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Ort, Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift des Antragstellers: \_\_\_\_\_

### ■ SEPA-Lastschriftmandat\*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggfs. die einmalige Aufnahmespende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

Kontoinhaber: \_\_\_\_\_ Bankinstitut: \_\_\_\_\_  
Straße, Nr.: \_\_\_\_\_ IBAN: \_\_\_\_\_  
PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_ BIC: \_\_\_\_\_  
Ort, Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ihre hier angegebenen Daten werden zum Zwecke der Parteilarbeit erhoben, verwaltet und verwendet - weshalb keine Einwilligungserklärung erforderlich ist. Unsere Datenschutzhinweise finden Sie unter [www.afd.de/datenschutz-mitglieder](http://www.afd.de/datenschutz-mitglieder). Auf Anfrage erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar.

Stand: 19.06.2022 (\*freiwillige Angabe)

- Dieses Formular als PDF-Datei sowie unsere anderen Formulare finden Sie unter [www.afd.de/aufnahme](http://www.afd.de/aufnahme) -